

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Abrechnung des Monats mit dem 1. d. M. und Festsetzung der Beiträge für den folgenden Tag. Derzeitige Preis des Blattes monatlich 4 Mk., durch unsere Mitarbeiter zugewandt in der Stadt monatlich 4,40 Mk., auf dem Lande 4,80 Mk., durch die Post bezogen monatlich 5,20 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie weitere Anträge und Geschäftsverträge nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interimspreis 2 Mk. für die gedruckten Korrespondenzen oder deren Namen, Lokale 90 Pf., Restsumme 2,80 Mk. Die Wiederholung und Fortsetzung einzelner Preisnachlässe, Bestellungen im amtlichen Teil nur von Behörden die Landpost Korrespondenz 3 Mk., Nachrichtenblätter 50 Pf., Anzeigenannahme bis Sonntag 10 Uhr. Für die Abrechnung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzeigenschreiber ist verpflichtet, wenn der Bezug durch einen anderen weggehen muss oder der Anzeigenschreiber in Abreise ist, dem Jahre 1841

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 35.

Freitag den 11. Februar 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Maul- und Klauenseuche.

Nachdem in Kaufbach b. W. und Grundbach die Maul- und Klauenseuche erloschen ist, werden beide Gemeinden nunmehr von der Sperre und Beobachtung befreit.

Reg. V. Meissen, den 10. Februar 1921.

Die Amtshauptmannschaft.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Als Vertreter der Reichsregierung gehen zur Londoner Konferenz Reichsminister Dr. Simons und Reichsfinanzminister Dr. Wirth, begleitet von zahlreichen Sachverständigen.
- * Der Reichsernährungsminister erklärt die Nachricht von einem Abbau der Zwangsbevorratung der Milch für irrig.
- * Der deutsche Stabilität wird Ende Mai in Stuttgart zusammenzutreten.
- * Der Reichseisenbahnrat wird am 15. d. M. zusammentreten, um zu der Frage der Tarifserhöhung, insbesondere zu dem Ausmaß der Erhöhung, Stellung zu nehmen.
- * Das Reichsarbeitsministerium hat beschlossen, die Erwerbslosenunterstützung von 10 auf 12 Mark täglich zu erhöhen, und zwar mit Rückwirkung vom 1. November v. J. ab.
- * In Rom ist ein Dekret über die Freigabe deutschen Eigentums in Italien veröffentlicht worden.

Nord und Süd.

Neben dem großen Ringen um die endgültige Lösung der Entschädigungsfrage, vor das Deutschland durch die Pariser Beschlüsse gestellt worden ist, läuft in Deutschland selbst ein kleinerer Ringkampf einher, in dem indessen auch schon hier und da Töne angeschlagen werden wie zwischen zwei Gegnern, die sich auf Tod und Leben gegenübersehen. Dabei sind es deutsche Brüder, die von der gleichen Verachtung bedroht sind, die schon vielen ähnlichen Gefahren in gleichem Schritt und Tritt die Stirn geboten haben. Auf der Völkervereinigungskonferenz in Berlin hat Bayern mit seiner Auffassung, daß wie die Entschädigungs- auch die Entwaffnungsbedingungen der Entente in einem Zuge abzulehnen seien, weil jene wie diese weit über die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages hinausgehen, allein gestanden, und in München sind nun alle Geister in Bewegung, um bei dieser Sachlage noch einmal die Möglichkeiten und die Notwendigkeit der zu fassenden Entschädigungen ernstlich zu überprüfen. Bis jetzt gewinnt man den Eindruck, daß nichts überstürzt, nichts durch Entfesselung nationaler Leidenschaftlichkeiten vorbeden werden soll, wo nur ruhige Besonnenheit und klare, einschlußkräftige Wille zum Ziele führen können. Um so dringlicher wird man fordern dürfen, daß auch außerhalb Bayerns nicht gesagt oder getan wird, was zu einer unnötigen Verschärfung der Lage führen muß. Freilich wird im nördlichen Bayern schon zum Sturm geblasen. Die sozialistische Partei Frankens veröffentlicht einen Aufruf, in dem gesagt wird, das Interesse Nordbayerns liege nicht bei den Separatisten, womit die überwältigende Mehrheit des bayerischen Volkes mit der gegenwärtigen Koalitionsregierung an der Spitze gemeint ist — sondern in der Einheit des Deutschen Reiches. Die werksfähige Bevölkerung Nordbayerns halte eine Zerstückelungspolitik für verhängnisvoll und katastrophal. Komme die Regierung in München erst in letzter Stunde zur Besinnung, lasse sie es auf den Bruch mit dem Reich zu tun, so werde die arbeitende Bevölkerung von Nordbayern ebenso wie die Bevölkerung von Württemberg und Baden das Tischtuch mit München zerreißen und sich auf die Seite des Reiches stellen. Das ist eine Kriegsankündigung in aller Form — gegen die Regierung des Völkervereinigungsvorstandes. In der Nacht, hinter der doch die übergroße Mehrheit des bayerischen Landtages steht, und die bisher nicht um Saarebreite von dessen Instruktionen abgewichen ist. Auch jetzt tut sie keinen Schritt, ohne alle irgendwo maßgebenden Parteien und Führer der Volkspartei zu befragen, so daß an der demokratischen Korrektheit ihres Verhaltens auch nicht der leiseste Zweifel gestattet ist. Ebenso wäre es geradezu fribol, die reichstreue Gesinnung der gegenwärtigen Nachhaber in München oder gar der Landtagsmehrheit zu verdächtigen; man könnte unseren Feinden in London und Paris keinen größeren Gefallen tun, als mit solchen Vorwürfen zu arbeiten, die unsehbar dazu führen müssen, daß unsere Abwehrfront zerrissen, und damit der Entente angelegert wird. Schon hat diese erreicht, daß bei und über die Entwaffnungsbedingungen überhaupt kaum noch gesprochen wird, obwohl uns auch in dieser Beziehung Dinge zugemutet werden, die ebenso sinnlos wie brutal sind, und zu denen wir uns unter gar keinen Umständen ergeben dürften, solange wir noch eine Spur von Selbstgefühl besitzen. Die Bayern kommen aber diesen Punkt nicht so leicht hinweg, wie man das anderwärts fertig bringt, und wir wissen ja alle, daß sie Grund genug dazu haben, sich nicht auf die friedfertige Gesinnung unserer oder anderer Feinde ihres Staatswesens zu verlassen. Den eigentlichen Grund ihres Widerstandes gegen jede Möglichkeit eines Selbstzuges in reaktionären, in konterrevolutionären Absichten zu suchen, ist sehr bequem und erleichtert Franzosen wie Engländern ihr Spiel ungemein, aber man überhört dabei nur das eine, daß in

Bayern genau dieselben Parteien am Ruder sitzen wie in Berlin und daß es doch also gar keinen Sinn hat, Gespinnster zu züchten, die, sobald man ihnen ernsthaft zu Leibe geht, in nichts zerrinnen. Der deutsche Volksgemeinschaft wird jedenfalls mit solchen Kampfmethoden ein schlechter Dienst erwiesen. Wir schützen das Misstrauen unter den deutschen Stämmen und stumpfen so den Widerstandsgedanken ab, der sich mit ungeteilter Kraft gegen die Pariser Beschlüsse wenden müßte. Auf diese Weise liefern wir uns selber dem Feinde aus.

Noch ist in München die Entscheidung nicht gefallen. So lange wenigstens sollten alle berechtigten Entschädigungen unserer bayerischen Volksgenossen im Norden mit liebevoller Rücksicht geschont werden.

Nach London!

Wortlaut der deutschen Note.

Die deutsche Reichsregierung hat die Einladung zur bevorstehenden Konferenz in London beunruhigt angenommen. Die entsprechende von Dr. Simons gezeichnete Note lautet wörtlich:

„Die deutsche Regierung nimmt unter Hinweis auf die Unterhaltung, die zwischen Seiner Exzellenz dem französischen Botschafter und dem Reichsminister des Äußeren stattgefunden hat, die Einladung, die Seine Exzellenz mir beauftragt hat, an, und wird am 1. März bevollmächtigte Vertreter nach London schicken. Sie setzt dabei voraus, daß bei den Verhandlungen auch die Vorschläge besprochen werden, deren Unterbreitung auf der Konferenz die deutsche Regierung sich vorbehält.“

Neuer meldet dazu, in englischen und französischen Kreisen werde die Antwort Deutschlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz für befriedigend angesehen. Der Ton der deutschen Antwort sei verständlicher, als ursprünglich erwartet worden sei, und dies werde dahin ausgelegt, daß Dr. Simons sich in seiner Haltung von bedachtamen und einsichtsvollen Erwägungen habe leiten lassen.

Sachverständigen-Beratung in Berlin.

Unter dem Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Simons wird sofort eine große Zahl von Sachverständigen zur Beratung über die Entschädigungsfrage, vornehmlich über die Wiedergutmachungsfrage, zusammengetreten. An ihr werden nicht nur Sachverständige aus den beteiligten Ministerien, sondern auch hervorragende Persönlichkeiten aus allen Gebieten der Privatwirtschaft teilnehmen. Es ist wahrscheinlich, daß aus den Kreisen der Sachverständigen selbst Vorschläge zur Wiedergutmachungsfrage gemacht werden, doch kann und wird die letzte Entscheidung nur von der Regierung getroffen werden.

Lieber Einmarsch als unterschreiben.

In einer Unterredung mit einem Berliner Berichterstatter der „Daily News“ erklärte Prinz Max von Baden, die Staatsmänner der Alliierten wüßten wohl, daß die in Paris aufgestellten Forderungen unerfüllbar seien. Unmöglichkeit Bedingungen würden Deutschland auferlegt, damit die angebotenen Sanktionen zur Durchführung gebracht werden könnten. Diese Sanktionen sollten das Ziel der Franzosen, den Zerfall Deutschlands, bewirken. Durch die Ausführung der Sanktionen solle der Ruin Deutschlands vollendet werden. Prinz Max sagte: Die Regierung lehnt sich und Simons wird nicht unterschreiben. Wir sind aber bereit, uns in die Katastrophe, die der Einmarsch französischer Truppen und die Besetzung des Ruhrgebietes nach sich ziehen wird, zu schiden, als mit eigener Hand unserer Kindern und Enkeln die Ketten anzulegen, die uns jetzt fesseln.

Verletzung des Friedensvertrages.

Französisierung des Saargebietes.

Wie von zuständiger Stelle in Berlin erklärt wird, hat die Regierungskommission des Saargebietes vor einiger Zeit den Beitritt des Saargebietes zu den drei großen internationalen Verkehrsvereinen, dem Weltpostverein, dem Welttelegraphenverein und der durch das Abkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr gebildeten Union beantragt. Diese Anträge widersprechen dem Friedensvertrag, weil nur Staaten Mitglieder der internationalen Verkehrsvereine sein können, das Saargebiet aber kein selbständiger Staat, sondern ein für beschränkte Zeit der Regierung des Völkervereinigungsvorstandes unterstellt Teil Deutschlands ist. Als Teil Deutschlands hat das Saargebiet auch nicht aufgehört, zu dem Geltungsbereich der internationalen Verkehrsabkommen zu gehören. Sein Beitritt zu den Verkehrsvereinen ist also weder praktisch erforderlich noch rechtlich zulässig. Er würde die

Grundlagen der im Versailler Vertrag niedergelegten Rechtsordnung für das Saargebiet erschüttern und die Rechte Deutschlands beeinträchtigen.

Aus diesen Gründen hat die Reichsregierung in mehreren Notizen bei den zuständigen Stellen gegen den Beitritt des Saargebietes zu den internationalen Verkehrsvereinen Einspruch erhoben und erklärt, daß sie ihn nicht anerkennt.

Ostpreußens schwierige Lage.

Furchtbare einem Russeneinfalls.

Reichswehrminister Dr. Gessler sprach in Tilsit über „Das nationale und innerpolitische Ideal unseres Wiederaufbaues“. Er sagte u. a.: „Es ist für mich keine Frage, daß die überaus schwierige Lage Ostpreußens vor allem auch für den Reichswehrminister eine ganz besondere Sorge ist. Alle meine Bemühungen sind darauf gerichtet, unter allen Umständen Ostpreußens Verbindung mit der großen deutschen Einheit zu erhalten. Ostpreußen muß vor allem das Schicksal eines neuen Einfalls erparat bleiben. Möge der Einfall kommen, woher er mag, ich bin überzeugt, das deutsche Volk wird eins sein mit Ostpreußens Willen und alles tun, um ihre schöne Heimat sicherzustellen. Auch ich weiß wohl, was an unserer Grenze vorgeht. Wir wissen, daß Polen an der ganzen Grenze Truppen zusammenzieht und daß es die größere und nicht schlechtere Hälfte seiner Truppen gegen die deutsche Grenze vereinigt. Wir erwarten vom Völkervereinigungsvorstand, daß er die uns gemachten Zusagen wahrmacht, daß er uns schützt vor Einfällen. Ich sage es aber auch ganz offen, daß, wenn wider Erwarten sich dies nicht erfüllen sollte, wir unter allen Umständen alles durchsetzen würden, um den deutschen Boden in Ostpreußen mit allen Mitteln zu verteidigen. Ich hoffe, daß der Völkervereinigungsvorstand uns gegenüber so rücksichtslos wie möglich die Entwaffnungsbestimmungen durchzuführen will, und der für militärische Bestimmungen des Friedensvertrages in Versailles das hohe Ideal dieser Entwaffnung für den Völkervereinigungsvorstand gepriesen hat, alles daran setzen wird, um nun auch uns in dieser Gefahr nicht zu entlassen. Unser Land, das bedroht ist, sehnt sich nach dem Frieden für den Wiederaufbau seiner Wirtschaft.“

Loucheurs Phantasieziffern.

Rebeduelli Briand-Kloß.

Die französische Kammer hat ihre Beratungen über die Beschlüsse der Pariser Konferenz fortgesetzt. Als erster Redner sprach Magallon, der ausführte, daß das Pariser Abkommen auf einem Irrtum beruhe. Man könne nicht ein Volk von 60 Millionen 20 Jahre oder noch länger unter Aufsicht stellen. Es sei auch eine Illusion, wenn man annehme, Deutschland werde jahrelang Milliardenzahlungen leisten. Als einzige Sicherheit gelte die Besetzung des Ruhrgebietes und die Lösung des Rheinlands von Preußen. Nach ihm ergriff der frühere Finanzminister Klotz, der als solcher an der Friedenskonferenz teilgenommen hat, das Wort. Er erklärte, das Pariser Abkommen sei nichts anderes als ein Anhang zum Versailler Vertrag, der als solcher von den beiden Kammern ratifiziert werden müsse. Das Pariser Abkommen stelle ein Konföderat dar, das die Gläubiger diskontinierte, ehe sie die Unterchrift des Schuldners in Händen hätten. Klotz bemängelte weiter, daß die vorgesehenen Zwangsmaßnahmen den deutschen Schuldnern nicht mitgeteilt worden seien. Darauf erklärte Ministerpräsident Briand, die Zwangsmaßnahmen seien ureigenste Angelegenheiten der Alliierten. Nur das, was beschlossen wurde, werde Deutschland mitgeteilt. Darüber sei den Deutschen eine Bemerkung erlaubt. Aber hätte man Deutschland die Zwangsmaßnahmen unterbreitet, so hätte man ihnen ja gleichzeitig Gegenüberstellungen gestattet; das aber erlauben die französischen Interessen nicht. Im Anschluß an diese Äußerungen entspann sich ein heftiges Rebeduell zwischen dem Abgeordneten Klotz und Briand, in dessen Verlauf Briand die Vertrauensfrage stellte. Klotz antwortete, es handle sich hier nicht um eine einfache Vertrauensfrage. Es sei nicht möglich, daß die Kammer die neuen Steuervorschläge prüfe, bevor nicht das deutsche Budget in einer der Revisionsfragen entsprechenden Weise umgestaltet sei. Während der französische Steuerzahler 30 Prozent zahle, habe der deutsche nur 15 Prozent zu entrichten. Die Kammer müsse über die Mobilisierung der französischen Forderungen Klarheit verlangen. Loucheur, der an den Friedensverhandlungen aktiv und an der Pariser Konferenz beratend teilgenommen hat, verteidigte das Pariser Abkommen. Er erklärte, daß die 12 1/2 %ige Lage auf die deutsche Ausfuhr den französischen Steuerpegel entlasten werde. Im übrigen trat Loucheur für vollständige Leistung der Wiedergutmachung ein.

Hindenburg-Worte.

Bei der Taufe des neuen Handelsdampfers.

Bremen, 9. Februar.

Eine unabsehbare Menschenmenge hatte sich auf der Werft des Bremer Vulkanes angesammelt, um dem Taufakt für den neuen 12000-Tonnen-Frachtdampfer beizuwohnen. Der Dampfer ist für Hugo Stinnes gebaut worden, der anwesend war und den Generalfeldmarschall Hindenburg sowie die anderen Gäste, darunter General Ludendorff, empfing. Hindenburg hielt folgende Taufrede:

„In eine Zeit tiefer Not des Vaterlandes fällt der Stapellauf dieses stolzen Schiffes; doch ist das bei allem Ernst der Zeit ein tröstlicher Beweis dafür, daß die feste Entschlossenheit zum Wiederaufbau, eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Besserung der heutigen Zustände, bei uns vorhanden ist. So ziehe denn hin über das weite Meer und zeige der Welt, daß Deutschland den stolzen Willen hat, mit allen Völkern in Frieden zu leben, so lange es ihm die Ehre erlaubt, und dulde ein Band zwischen ihnen und uns, das die Menschheit einander näher bringt, sie ihren Wert gegenseitig erkennen und schätzen läßt und den leidlosen Austausch der Erzeugnisse ihrer Geistesarbeit, ihrer Handarbeit und ihres Fleißes ermöglicht. Das ist der treue Wunsch eines alten Soldaten, der die Schrecken des Krieges kennt und deshalb die Erhaltung eines ehrlichen Friedens hochschätzt. Darum gebe ich die meinen Namen, du herrliches Werkzeug friedlichen Verkehrs: Du sollst „Hindenburg“ heißen!“

Der Stapellauf ging danach glatt vonstatten. Dem Stapellauf ist eine Abstimmung in der Arbeiterschaft vorausgegangen. Die linksradikale Arbeiterschaft hatte dagegen protestiert, daß der Name Hindenburg am Schiff angebracht wurde. Der Arbeiterrat hatte dann eine Abstimmung veranlaßt, bei der die 300 Angelegten einstimmig, die Arbeiter mit 30 Stimmen Mehrheit für den Namen „Hindenburg“ sich entschieden haben.

Vor dem Hotel, in dem der Generalfeldmarschall in Bremen wohnte, wurden ihm mehrfach eindrucksvolle Huldigungen dargebracht. In einer Unterredung mit dem Vertreter eines Bremer Blattes kam Hindenburg auch auf die oberste Frage zu sprechen. Er betonte dabei, daß das Unglück der Deutschen ihre Eigenbrütigkeit sei. Der Abstimmung in Oberschlesien sieht Hindenburg mit Vertrauen entgegen. Die Vorgänge in Oberschlesien müßten abschließend gegenüber Polen wirken; dazu läßt der Salutarverlust bei einem Übergang Oberschlesiens an Polen, außerdem das allgemeine kulturelle Herabfallen und nicht zuletzt die Aussicht für die Oberschlesier, in das polnische Heer zum drohenden Kampf gegen Rußland eingezogen zu werden. Der Bolschewismus in Ostpreußen laufe schließlich ab. Die Städte wöhnten von den Kommunisten nichts mehr wissen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verkauf der früheren deutschen Schiffe.

Nach einem Londoner Telegramm wird amtlich mitgeteilt, daß von 301 ehemals feindlichen Schiffen, die nach dem Friedensvertrage England zuerkannt wurden, 151 Schiffe bisher verkauft wurden, davon Passagierdampfer von zusammen 168 497 Tonnen und Lastdampfer von 75 531 Tonnen. Die noch unverkauften Schiffe bestehen aus Passagierdampfern von zusammen 332 654 Tonnen und Lastdampfern von zusammen 715 132 Tonnen.

Zur ober-schlesischen Abstimmung.

Von unterrichteter Seite wird die Zahl der Abstimmungsberechtigten in Oberschlesien und aus dem Reich, die bisher in die Listen eingetragen sind, auf 1 150 000 angegeben. Es ist anzunehmen, daß die Zahl auf 1 300 000 bis 1 250 000 Abstimmungsberechtigten anwachsen wird. Von den bis jetzt eingetragenen Personen leben rund 900 000 in der Liste A, rund 200 000 in der Liste B und rund 60 000 in der Liste C. Die Wähler der Listen B und C können in ihrer überwiegenden Mehrheit als Wähler für Deutschland angesprochen werden. Da nach vorsichtigen Einschätzungen von gründlichen Kennern des Landes auch von den 600 000 Stimmen der Liste A mindestens die Hälfte für Deutschland stimmen wird, so hat man einige Anhaltspunkte für die Einschätzung des voraussichtlichen Wahlergebnisses.

Die Arbeitszeit der Beamten.

Das Reichskabinett hat für die Regelung der Arbeitszeit der Beamten neue Richtlinien aufgestellt. Jeder Beamte ist hiernach verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in

den Dienst des Reiches zu stellen und die ihm übertragenen Arbeiten ohne Rücksicht auf eine festgesetzte Dienststundenzahl zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 48 Stunden. Soweit der Dienst in bloßer Dienstbereitschaft besteht, ist die Zeit entsprechend zu erhöhen. Die Tagesdienstzeit ist grundsätzlich in Vor- und Nachmittagsdienstzeit zu teilen; nur dort, wo aus örtlichen oder sachlichen Gründen eine solche Teilung unzuweckmäßig erscheint, kann durchgehend gearbeitet werden. Die Tagesdienstzeit wird von jeder Behörde nach Anhörung der Beamtenvertretung festgesetzt. Bei durchgehender Arbeit kann eine Freistundspause bis zur Höchstdauer von einer halben Stunde gewährt werden. Für eine Überschreitung der 48stündigen Wochendienstzeit wird eine Vergütung nicht gewährt. Es wird angestrebt, die Tagesdienstzeit bei an ein und demselben Ort befindlichen Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden gleichmäßig zu regeln.

Kücktritt des deutschen Gesandten in Polen.

Der deutsche Gesandte in Polen, Graf von Oberndorff, hat um Enthebung von seinem Posten in Warschau gebeten. Graf Oberndorff ist durch rein private Gründe, vor allem durch den dauernd leidenden Gesundheitszustand nächster Angehörigen zu diesem Entschluß gedrängt worden. Graf Oberndorff zieht sich vorerst ins Privatleben zurück. Als Geschäftsträger in Warschau fungiert bis auf weiteres Legationstrat v. Dirsfen, der Sohn des ehemaligen Gesandten v. Dirsfen.

Deutsches Gold für Frankreich.

In Paris trafen auf dem Nordbahnhof vier sorgfältig verschlossene deutsche Packwagen ein. Angehörige der deutschen Reichsbank begleiteten den Transport, der unter großen Sicherheitsmaßnahmen und unter starkem Polizeiaufsicht absetzt rangiert und entladen wurde. Die deutschen Waggons enthielten in zahlreichen hölzernen Kisten 24 Tonnen Goldmark gleich 75 Millionen Frank, die auf sechs Lastautomobile verladen und zur Bank von Frankreich gebracht wurden. Es handelt sich, wie von der Verwaltung der Bank von Frankreich erklärt wurde, um eine schon seit einiger Zeit erwartete deutsche Sendung für gemeinsame Rechnung der alliierten und assoziierten Regierungen, d. h. zu Händen der Wiederherstellungskommission.

Ein Reichsdienstbotengesetz.

Ein Entwurf über die Regelung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Hausangestellten wird dem Reichstage voraussichtlich bald nach Ostern vorgelegt werden können. Das Reichsarbeitsministerium hat die erforderlichen Vorarbeiten abeschlossen.

Deutsch-Osterreich.

× Wirtschaftskrieg mit der Tschechei. Kürzlich erließ die österreichische Regierung ein Einfuhrverbot für ausländisches Bier, da allein die Einfuhr böhmischer Biere eine Ausgabe von 3/4 Millionen Kronen monatlich erfordere. Daraufhin hat die tschechoslowakische Regierung die Einfuhr von Maschinen aus Osterreich verboten.

Großbritannien.

× Eine eigenartige Bürgergarde. Die aus Vorkriegszeiten stammenden Milizbehörden die gesamte männliche Bevölkerung zwischen 17 und 50 Jahren in Lagen ein, die als Bürgergarde auftreten sollen, um in den ihnen zugewiesenen Bezirken zu verbleiben, daß Übersälle auf Streitkräfte der Krone stattfinden. Diese Bürgergarden werden für jeden in ihrem Bezirk vorkommenden Angriff verantwortlich gemacht werden.

× Verrentung der „Baben“. Das vormalige deutsche Schlachtschiff „Baben“ ist zwischen Mainland und der Insel Wight im Verlaufe von Versuchen mit Lufttorpedos und kurztragenden Geschützen versenkt worden. Diese Versuche wurden veranlaßt, um die Konstruktion der deutschen Schlachtschiffe und den Wert von Schlachtschiffen, bezüglich dessen so zahlreiche Meinungsverschiedenheiten herrschen, auf die Probe zu stellen. Die „Baben“ wird zum Zwecke weiterer Versuche wieder gehoben werden.

Schweiz.

× Der gekränkte Bälterbund. Der Beschluß der Schweiz, dem internationalen Truppenaufgebot für Bina den Durchzug nicht zu gestatten, hat die leitenden Kreise des Bälterbundes empfindlich überrascht. Der Bälterbundrat wird erst am 21. Februar zusammenzutreten. Es ist daher wahrscheinlich, daß das Generalsekretariat im Namen des Rates Protest erheben wird.

Nah und Fern.

× Neue falsche Fünfzigmarktscheine. Nachahmungen der neuen Fünfzigmarktscheine sind im Verkehr aufgetaucht und bereits in größerer Anzahl von den Banken und öffentlichen Kassen angehalten und eingezogen worden. Die Falschscheine haben einen recht plumpen Druck und sind auf den ersten Blick als solche zu erkennen. Sie sind einfarbig, die andern Farben fehlen. Die Reichsbank wird in den nächsten Tagen in einer Bekanntmachung die genaueren Unterscheidungsmerkmale noch kennzeichnen.

× Deutscher Dank für die amerikanischen Milchläbe. Nach der Ankunft des ersten Transports amerikanischer Milchläbe in Bremen hat der Reichsernährungsminister den amerikanischen Gesandten durch Kabeltelegramm den Dank der Regierung übermittelt. In dem Telegramm heißt es: Erneut erwiesene amerikanische Opferfreudigkeit für das durch Hungersnot erlöste deutsche Volk wird in weiten deutschen Kreisen aufrichtigste Gefühle der Dankbarkeit auslösen.

× Täglicher Funksverkehr zwischen Deutschland und England. In den letzten Wochen haben Versuche stattgefunden, um einen funktographischen Verkehr zwischen Deutschland und England einzurichten. Sie haben ein günstiges Ergebnis gehabt, so daß seit einigen Tagen zur Beförderung von Telegrammen übergegangen werden konnte. In England dient als Sendestelle die Station Stonehaven in Schottland, der Empfang geht in London vor sich. Auf deutscher Seite konnte die Einrichtung so getroffen werden, daß das Senden und das Aufnehmen beim Haupttelegraphenamt in Berlin erfolgt.

× Die Tausendmarktscheinfabrik. Eine Falschscheinfabrik, in der gefälschte polnische Tausendmarktscheine hergestellt wurden, wurde von polnischen und deutschen Kriminalbeamten in Biesbaden entdeckt und aufgehoben. Hersteller und Verbreiter der falschen Scheine — Galizier, Polen und deutsche Handwerker — wurden verhaftet.

Neueste Meldungen.

× Eine Folge der Pariser Beschlüsse. Berlin. Aus Zurich, daß die Entente-Forderung eines 12-prozentigen deutschen Ausfuhrzollens von Deutschland angenommen werden könnte, annullieren ausländische Kaufleute schon jetzt ihre in Deutschland gemachten Bestellungen. Sie geben damit ihren Willen kund, daß sie nicht die durch einen solchen Zoll entstehende Verzerrung der deutschen Waren tragen können.

Berufung von Notgardisten in Deana.

Halle. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft überwachte grüne Polizei die Zugänge zum Leunaerwerk, um die Rückweise der Arbeiter zu prüfen. Dabei stellte sich heraus, daß eine größere Anzahl ohne ordentlichen Ausweis dagegen mit Waffen versehen war. Sie wurden verhaftet, da aus anderen Tatsachen einwandfrei hervorgeht, daß sie Angehörige einer Kampfgesellschaft kommunistischer Art sind.

Deutschland als Käufer unentbehrlich.

Strasbourg i. E. Die Minetteborräre in Lothringen hängen sich in bedauerlicher Weise. Man fragt sich daher, ob es nicht unvorsichtig war, Deutschland mit der Einstellung der Erzlieferungen zu drohen, falls es nicht genügend Brennstoff liefere, da die deutschen Hüttenbetriebe sich daraufhin nach anderen Erzquellen umgesehen haben und solche auch, besonders in Schweden, fanden. Gegenwärtig biziert das Ruhrgebiet kaum ein Zehntel seines Erzbedarfes aus Lothringen, während es vor 1914 von dort mehr als die Hälfte erhielt. Man will sich jetzt bemühen, die rheinisch-westfälische Hüttenindustrie als dauernden Kunden zu gewinnen.

Graf Brockdorff-Rantau zur Lage.

Kopenhagen. Graf Brockdorff-Rantau erklärte dem Berliner Berichterstatter des „Politikern“, daß er die gegenwärtigen Folgen des Friedensvertrages vorausgesehen habe, als er sich in Versailles weigerte, den Gewaltfrieden zu unterzeichnen. Bei seinem Rücktritt habe er erklärt, daß Deutschland gegenüber den Nationen fest bleiben müsse. Diese feste Wille scheint gegenwärtig in Deutschland vorhanden zu sein. Die Arbeiterklasse hat eingesehen, daß die Bedingungen der Alliierten Deutschland ins Elend bringen würden. Diese Wahrheit würde allgemein nicht nur in den neutralen Ländern, sondern auch bei den Alliierten Eingang finden.

Rußland gegen Frankreich und England.

Stockholm. Laut „Sozialdemokraten“ hat die Sowjetregierung nach mehrmaligen Beratungen sich damit einverstanden erklärt, daß Militärintingente neutraler Staaten für die Ordnung im Baltischen Abkommensgebiet sorgen. Englische und französische Truppen würde die russische Regierung im Baltischen Gebiet nicht dulden. Dagegen würde man in Moskau keinen Einspruch erheben gegen die Entsendung amerikanischer und italienischer Truppen.

Gräfin Pia

Roman von H. Courths-Wahlert.

4. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Viane von Brenken hatte sich inzwischen einen festen Plan zurechtgelegt und war entschlossen, ihn durchzuführen. Sie legte ihren Arm in den Arm von Pia und sagte lächelnd:

„O, wie viele Menschen sind hier. Ich hatte mich auf ein stilles Plauderstündchen mit Ihnen geehrt.“

Pia sah erfreut zu ihr empor.

„Wirklich, gnädige Frau? Wollten Sie mir wirklich eine Stunde ganz allein schenken?“

„Gewiß, aber in diesem Trubel wird wohl nichts daraus werden.“

„O doch — wenn Sie nur wollten. Wir könnten uns in Tante Marias kleinen Salon zurückziehen, da kommt niemand hin.“

„Ach — das ist ja herrlich. Wären Sie einen Augenblick, ich will nur meinem Schwager Bescheid sagen, daß er nicht denkt, ich bin fortgegangen. Dann können Sie mich entführen.“ scherzte Viane von Brenken.

Hente war sie wieder ganz das fleghaft schöne Weib. Kein müder Zug war in ihrem Antlitz zu sehen. Und als sie nun zu Brenken herantrat, der mit dem Fürsten und Baron Bindau zusammen stand, da leuchteten des Fürsten Augen seit Tagen zum ersten Male wieder verlangend und leidenschaftlich auf bei ihrem Anblick. Sie merkte es sehr wohl, aber das alte Spiel eckte sie an. Mit einem so gleichgültigen Blick, wie er dem Fürsten aus ihren Augen noch nicht zuteil geworden war, streifte sie sein Gesicht, und ohne weiter Notiz von ihm zu nehmen, sagte sie halb laut zu Brenken:

„Ich will mit Komtesse Buchenau plaudern — du wartest, bis ich mit dir rede.“

Brenken verneigte sich ritterlich und küßte ihr etwas förmlich die Hand — wie man sie eben einer „Schwägerin“ küßt. Den leisen, bedeutungsvollen Druck der beiden Hände bemerkte niemand.

Mit einem stolzen Reigen des schönen Hauptes schritt sie dann davon — ohne dem Fürsten noch einen Blick zu schenken.

Er sah der herrlichen, königlichen Erscheinung etwas betreten nach.

Die Leidenschaft, die ihm diese schöne Frau eingeblüht hatte und die schon am Verlöschen war, weil Viane ihm zu sehr entgegengesommen war, flammte, durch ihre Kälte und Zurückhaltung angefaßt, von neuem empor.

„Es lohnt sich am Ende doch, sie zur Fürstin Irkow zu machen. Sie ist ein königliches Weib, wert, einen Thron zu besteigen.“ dachte er.

Und es tat ihm leid, daß er in den letzten Tagen so gütlichlosend gewesen war.

„Sie hat es gemerkt und steht sich nun stolz von mir zurück. O — ich liebe sehr die stolzen Frauen.“ dachte er weiter.

Viane ahnte nicht, daß gerade ihre Kälte auf den Fürsten Eindruck gemacht hatte. Aber selbst, wenn sie es geahnt hätte, es hätte sie kaum noch gekümmert. Sie verfolgte jetzt mit all ihren Sinnen einen anderen Plan.

Langsam war Viane mit Pia in den Salon der Gräfin gegangen. Er war leer, wie Pia vorausgesehen hatte.

Sie ließen sich in zwei Sesseln nieder.

„Also — ich soll Ihnen erzählen — von jener Zeit, da ich Ihren Vater als gesunden, frohen Mann kannte, meine liebe Komtesse?“

Pia nickte.

„O ja, wenn Sie das tun wollten.“

Die Augen der schönen Frau ruhten forschend auf Pias Gesicht.

„Da müßte ich Ihnen zuerst von einer anderen Person

sprechen — von einer Unglücklichen, die ich sehr gut kenne — Ihre Stiefmutter, Komtesse.“ sagte sie leise.

Pia zuckte zusammen und sah betroffen auf.

„Meine Stiefmutter? Lebt sie noch?“ stieß sie e-regt hervor.

„Es blühte seltsam auf in Pianos Augen. Hatte sie doch geahnt, daß man die Komtesse über das Schicksal ihrer Stiefmutter im unklaren gelassen hatte.“

„Ach — das wissen Sie nicht?“

Pia schüttelte den Kopf.

„Nein — gar nichts weiß ich von ihr, man hat mir nie von ihr gesprochen.“

„O, die Arme — nicht einmal das hat man ihr gegönnt, daß Sie sich ihrer erinnern. Und doch hat sie so oft beschützend und behütend, wie eine rechte Mutter, an Ihrem Bettchen gesessen. Das weiß ich von ihr selbst. Sie wäre sehr traurig, wüßte sie das. Denn sie liebte Sie so sehr, wie ein eigenes Töchterchen.“

Pias weiches Herz zuckte schmerzlich. Tränen schimmerten in ihren Augen.

„Ach — wie leid mir das tut, daß ich nichts von ihr wußte. Ich glaube ja, sie sei gestorben, wie meine Mutter.“

„Nein, sie ist nicht gestorben, obwohl ihr Herz gebrochen ist. Sie lebt in der Verbannung und ist sehr unglücklich.“

Pianos Stimme drang schmeichelnd und betäubend in Pias Ohren. Sie ahnte nichts von dem unwürdigen Spiel, das aus Berechnung mit ihr getrieben wurde.

„In der Verbannung?“ flüsterte sie erschüttert. „Wer hat sie denn verbannt — wer hat es getan?“

„Ihr Vater, Komtesse.“

Pia strich über die Stirn und starrte die schöne Frau in der glänzenden, raffiniert eleganten Toilette mit ängstlichen Augen an.

„Mein Vater? Warum nur — warum?“ fragte sie außer sich.

(Fortsetzung folgt.)

Traktat Handelsabkommen mit Amerika.

Moskau. Trotz hat erklärt, daß nach der Unterzeichnung des Handelsabkommens mit England Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zum Abschluß eines ähnlichen Vertrages angebahnt werden sollen.

Letzte Drahtberichte des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Die Antwort des bayerischen Kabinetts.

München, 10. Februar. (tu.) Die Fraktionsführungen und die Verhandlungen der Koalitionsparteien über die Antwort des bayerischen Kabinetts an die Reichsregierung wurden den ganzen Tag fortgesetzt und führten erst in späteren Abendstunden zu einer grundsätzlichen Einigung. Die Verhandlungen der Koalitionsparteien gehen weiter, werden aber im wesentlichen nur redaktionellen Charakter haben, um die definitive Formulierung festzulegen. Dann wird sich der Ministerat nochmals damit beschäftigen und die Antwort, wenn er sie genehmigt hat, nach Berlin weitergeben. Der Text des vom Ministerat gefaßten und von der Regierungs-Koalition gebilligten Beschlusses ist folgender: Die bayerische Regierung kann von ihrem Standpunkte über die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Verhandlung der Pariser Beschlüsse nicht abgehen, wird sich aber in der Entwaffnungsfrage den Anordnungen, welche die Reichsregierung für notwendig hält und verfassungsmäßig verfügen wird, nicht widersetzen. Die Verantwortung dafür muß sie jedoch der Reichsregierung überlassen. Bayern ist gewillt, die schwere Last, die der Freide von Versailles aus auferlegt hat, gemeinsam mit den Ländern und dem Reiche zu tragen.

Hardings Stellung zu Deutschland.

Paris, 10. Februar. (tu.) Dem Newyork Herald wird aus Washington gemeldet, daß Präsident Harding nach Verlesung der Botschaft den Kongress auffordern wird, sofort über die Resolution Knag abzustimmen, die den Kriegszustand mit Deutschland und Oesterreich ein Ende bereitet. Nach Annahme dieser Resolution will Harding mit Deutschland über den Abschluß eines Handelsvertrages verhandeln, ohne jedoch einen Separatfrieden abzuschließen.

Trostlose Finanzlage Oesterreichs.

Wien, 10. Februar. (tu.) Die Staatsangehörigen verlangen eine Zulage von 5000 Kronen monatlich. Finanzminister Dr. Grimm wird in der heutigen Sitzung des Nationalrates ein erschreckendes Bild der Finanzlage Oesterreichs entwerfen, in dem er einen Nachtragsschuldenschein zum Staatsvoranschlag einbringen wird, aus dem erhellt, daß das Defizit 42 Milliarden Kronen beträgt. Das kennzeichnendste Moment der Situation ist, daß der Fehlbetrag Mitte September o. J. mit 12 Milliarden berechnet worden ist, also demnach in 5 Monaten auf mehr als das dreifache gestiegen ist.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 10. Februar 1921.

Die sächsischen Regierungsparteien gegen Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen. Der von dem Abgeordneten Böhrer (Dsch. Vp.) dem Landtage eingebrachte Antrag, unverzüglich in allen den Städten und Gemeinden, in denen seit dem Februar 1919 Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen nicht vorgenommen worden sind, Neuwahlen auszuschieben, war Gegenstand der Beratung des Gefasungsausschusses des Landtages am Mittwoch. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt, ebenfalls ein im Ausschuss eingebrachter Antrag, scheinigst ein entsprechendes Wahlgesetz vorzulegen.

Die Ungeheuerlichkeit der Milliardenforderung, mit der die Entente uns das Sclavenjoch für immer aufzwingen will, erhellt auch aus folgenden Zahlen: Die 226 Milliarden Goldmark — die abondiren nur einen Teil der Gesamtforderung der Entente bilden, — bedeuten für uns 3000 Milliarden Papiermark, also drei Billionen Mark des Geldes, das heute unser Wirtschaftsleben regelt. Deutschland hat 60 Millionen Einwohner. Es kommen also auf jeden Einwohner (gleichviel ob Greis, ob Säugling, ob Krüppel oder Fröhliche) weitere 50000 Mark Schulden, für eine 4köpfige Familie mithin 200000 M. Diese Schuldenlast allein würde alles, was wir an beweglichen und unbeweglichem Besitz überhaupt haben, um das Vielfache übersteigen. Wenn wir also alles hergeben, was wir irgendwie an Besitz haben, selbst das Hemd vom Leibe, so würden wir noch lange nicht imstande sein, die Milliardenforderung der Entente zu erfüllen.

Die Milch- und Butterablieferungspflicht bleibt. Die in letzter Zeit häufig auftretenden Berichte von einer bevorstehenden Aufhebung oder Lockerung der Zwangswirtschaft für Milch und Butter sind falsch. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat im Reichstag wie im Reichswirtschaftsrat unter Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Abgeordneten ungewandelt und bestimmt erklärt, daß die Milch noch lange durch die öffentliche Hand verteilt werden müsse und daß an einem Abbau der Milchzwangswirtschaft jedenfalls nicht vor Ende 1921 zu denken sei. Ebenso steht es mit der Zwangswirtschaft für Butter. Am den fast unterernährten Kindern, vor allem den Säuglingen und Kranken, ihre äußerst beschwerliche Ration unter allen Umständen zu sichern, muß die öffentliche Bewirtschaftung der Milch wie der Butter beibehalten werden. Die Kommunalverbände werden auch weiterhin auf das Schärfste die Ableitung des auferlegten Solls überwachen.

Die Haserumlage. Bei der Durchführung der kürzlich ausgeschriebenen Haserumlage haben sich Schwierigkeiten ergeben, indem in einzelnen Gegenden Bedenken gegen die Höhe der dem einzelnen zur Lieferung auferlegten Menge erhoben worden sind und allgemein darauf hingewiesen wird, daß die Landwirte damit gerechnet hätten, den von ihnen angebauten Hafer in ihren Betrieben unbeschränkt verfüttern zu dürfen. Den Schwierigkeiten soll dadurch Rechnung getragen werden, daß, einem Beschlusse des Hansabankauschusses des Reichstages entsprechend, den Landwirten, die 50 Prozent ihrer Liefersoll erfüllt haben, für die weitere Lieferung Mais oder Maiskeile zu einem dem Hafer entsprechenden Preise zur Verfügung gestellt werden. In Verbindung mit diesen Maßnahmen ist dieser Tage eine Verordnung ergangen, die im Anschluß an die bereits vor längerer Zeit ergangenen Richtlinien vorlieht, daß Landwirte, die ihrer Liefersollpflicht nicht nachkommen, das Dreifache des Haser-

preises an die öffentliche Hand zu zahlen haben; bei nachweislichem Unverschulden kann die höhere Verwaltungsbehörde die Zahlung nachlassen.

Neuauflage der Eisenbahnverkehrsordnung. Der Deutsche Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif Teil I wird mit Gültigkeit vom 1. März 1921 von der Eisenbahnverwaltung neu herausgegeben. In der Hauptsache werden die Beförderungsklassen für Sonderzüge, Gesellschafts-, Sonderzüge und Ferienbesonderzüge neu festgelegt. Auch sind die Bestimmungen für die Beförderung von Eyzpazügen, die in der letzten Ausgabe des Tarifs fehlten, wieder eingeführt und die Grundgebühren für das Tarifkilometer mit dem Schnellzugzuschlag für die Person auf 81 Pf. festgelegt. Die Einstellung von Personen-, Kranken- und Gepäckwagen in den Zügen des öffentlichen Verkehrs wird abhängig gemacht von der Benutzung durch mindestens 18 Personen. Auch erfährt der Abschnitt „Fahrpreisermäßigungen“ mehrfache Änderungen, die besonders auch die Beförderung zur Arbeitsvermittlung völlig neu regeln, während die Fahrpreisermäßigung für die Angehörigen der freiwilligen Kriegskrankenpflege völlig in Fortfall gekommen ist.

Strafporto. Von amtlicher Stelle wird mitgeteilt: In letzter Zeit mehren sich bei Behörden die Fälle, daß Briefe ungenügend frankiert werden und mit erheblichem Strafporto eingehen. Die Briefschreiber setzen sich der Gefahr aus, daß in Zukunft die Annahme derartiger ungenügend frankierter Briefe verweigert wird und die daraus entstehenden dienstlichen Verzögerungen in der Zustellung von Schriftstücken dem Absender zur Last fallen.

Ende der Zukernot? Nach den Aufzeichnungen des Statistischen Reichsamts sind in der Zeit vom 1. September bis 31. Oktober 1920 insgesamt 27 388 046 Doppelzentner rohe Rüben in Rübenzuckerfabriken, Zuckerraffinerien und Relassezuckeranstalten verarbeitet worden gegen nur 13 432 939 Doppelzentner im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Die gesamte Herstellung für die Zeit vom 1. September bis zum 31. Oktober 1920 beträgt, in Rohzucker umgerechnet: 4 067 608 Doppelzentner gegen nur 1 682 202 Doppelzentner im gleichen Zeitraume des Vorjahres, also weit über die zweieinhalbfache Menge des Vorjahres. Werden diese gewonnenen Mengen Rohzucker nach Verarbeitung demnach dem Verbraucher zugeführt, so ist das Ende der Zukernot zu erhoffen und eine Leraufhebung der Ration an Mundzucker spätestens für das nächste Wirtschaftsjahr zu erwarten.

Ueber „Nebenwirkungen des Waldes“ wird Prof. Dr. von Nannen, Brandstein in der von der Oekonomischen Gesellschaft für Freitag den 18. Februar 1921 nachmittags 4 Uhr im weißen Saale des Fremdenhofes zu den „Drei Raben“, Dresden-A., Marienstraße 20 angelegten Gesellschaftsversammlung einen Vortrag mit Lichtbildern halten, zu dem auch Nichtmitglieder und Damen freien Zutritt haben.

Ausbau der Straße Dresden-Freiberg. Die von Dresden nach dem Plauenischen Grunde führende alte Staatsstraße ist heute für den gesamten Verkehr auf immer geschlossen und die neue Verkehrsstraße eröffnet worden. Auf der alten Straße wird nunmehr der viergleisige Ausbau der Bahnstrecke Dresden-Freiberg beginnen.

Neuregelung der Geburtshilfe in Sachsen. Der Gesetzgebungsausschuss des sächsischen Landtages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Antrag der Kommunisten auf Einführung unentgeltlicher Geburtshilfe in Sachsen u. mit dem Antrag der Abg. Frau Valtmann (Dsch. Vp.), der die Sicherstellung des Existenzminimums und die Altersversorgung der Hebammen fordert. Darauf wurde ein Antrag von sozialdemokratischer Seite eingebracht, die Hebammen zu Beamtinnen zu machen und damit die unentgeltliche Geburtshilfe einzuführen. Mit Rücksicht darauf, daß die Verwirklichung von weittragenden finanziellen Folgen sein werden und weil die Frage noch nicht geklärt ist, ob die Hebammen Staatsbeamtinnen oder Beamtinnen der Gemeinden oder der Kommunalverbände werden sollen, wurde die Sache nochmals zur Beratung mit Regierungsvertretern vertagt.

Das Ausländerstudium in Sachsen. Die „Akademischen Nachrichten“ der Universität Leipzig veröffentlichten einen Bericht über das Ausländerstudium in Sachsen. Danach sind im Wintersemester 1920/21 in sächsischen Hochschulen, und zwar Universität Leipzig, Technische Hochschule Dresden und Forstakademie Tharandt insgesamt 629 Ausländer von 8539 Studierenden gleich 7,8% immatrikuliert. Die Mehrzahl der ausländischen Studenten stammt aus Oesterreich, Bulgarien, Tschechoslowakei und der Schweiz. Von der Tierärztlichen Hochschule liegt eine Statistik über die Ausländer nicht vor.

Ja, in Bayern! Im Kottal in Niederbayern ist der Bierpreis auf 80 Pfennig das Stück herabgesetzt worden.

Die Sächsisch-Böhmisches Dampfzuckerfabrik-Gesellschaft wird am Ofterabend den 26. März ihren Betrieb auf der gesamten Strecke Leitmeritz-Dresden-Nähberg eröffnen. Da die wiederholte prozentuale Heraussetzung der Fahrpreise Unbehagen im Tarife zur Folge gehabt hat, ist jetzt ein neuer Tarif bearbeitet worden, durch den sich die Preise im Lokaldienst meist etwas niedriger stellen. Im Fernverkehr bleiben die vorjährigen Sätze im allgemeinen dieselben.

Verkauf einer Kaserne. Die Kronprinzentaferne in Chemnitz soll mit dem umfassenen Grund und Boden verkauft werden. Der Wert ist einschließlich des Grund und Bodens auf rund vier Millionen Mark geschätzt.

Sozialdemokratische „Volksversammlung“ in der Kirche. Durch die Presse ging die Nachricht, daß in St. Egidien bei Glauchau der dortige Kirchenvorstand auf Verlangen der Mehrheitssozialisten die Kirche für eine Volksversammlung zur Verfügung gestellt habe. Die Nachricht erregte viel Aufsehen. Wie der „Sächs. Evang. Kor.“ mitgeteilt wird, war der Vorgang der: Zum Ortspfarrer in St. Egidien kam ein Führer der dortigen sozialdemokratischen Ortsgruppe und bat um die Ueberlassung der Kirche zur Abhaltung eines Vortrages über „Jesus und der Sozialismus“. Als Grund gab er u. a. hierfür an, es könne doch nicht so fortgehen wie bisher in der Sittenlosigkeit und Unbotmäßigkeit der Jugend usw. und darum wünschte er, daß Jesus einmal als vorbildlicher Mensch dargestellt wird. Der Vortrag sollte ein Schuldirektor oder ein sächsischer amtierender Geistlicher halten. Am 9. Januar fand der Vortrag statt und wurde von Pfarrer Vertheil in Oberwünschig, der sich selbst zur Sozialdemokratie bekennt,

durchaus sachlich und im kirchlichen Sinne gehalten. Der Verlauf der Veranstaltung war sehr ruhig und der Würde des Gotteshauses entsprechend. Die Debatte fand acht Tage später in einem öffentlichen Lokale statt. — Daraus geht hervor, daß es sich hierbei nicht um eine eigentliche Volksversammlung mit Diskussion gehandelt hat, sondern um einen Vortragsabend über ein religiöses Thema.

Altpfaffen. Auf dem am nächsten Sonnabend den 12. Februar abends 7 Uhr stattfindenden Konzert zum Besten der Verlichtung eines Gedenksteines der Gefallenen sei ganz besonders aufmerksam gemacht. Tätigst Ausführende sind der R.-G.-A. Bruberg-Wilsdruff und die Damen Fräulein v. Reiner, Violinvirtuosin (Wien) und Fräulein Stübemann, Sprechklänlerin (Dresden). Leitung Herr Otto Seppert-Dresden. Ein schönes Programm ist für diesen Tag zusammengestellt, welches sicher viel Freude machen wird.

Brand. Feuerlärm erschütterte Dienstag abend die hiesigen Bewohner zum 2. Male binnen einer Woche. Glücklicherweise brannte diesmal kein Gebäude, sondern eine Herrn Gutsbesitzer Bruno Guldner in Mittelmarbach gehörige Strohscheune. Diese enthielt ungefähr 150 Zentner Stroh, welche leider nicht versichert waren. Durch diesen Brand ist in der Gemeinde wieder neue Beunruhigung entstanden.

Leisnig. Am Dienstag morgen brach in dem dem Gutsbesitzer Buchheim in Wendischain gehörigen Grundstück Feuer aus, das die mit reißenden Entenorräten gefüllte Scheune, sowie ein Seitengebäude in Asche legte. Man vermutet, daß das Feuer auf Brandstiftung zurückzuführen ist.

Sednig. Der Streik in der Papierfabrik Sednig A.-G. dauert noch fort. Der Ausfall in der Erzeugung beträgt bisher bereits 70 Eisenbahnlabungen im Werte von 3 1/2 Millionen Mark, der Arbeitslohnaußfall 350 000 M. Da der Streik ein sogenannter wilder ist, zählt die Gewerkschaft keine Streikgelber, so daß der Schaden für die Arbeiter sehr groß ist. Am Montag wollten gegen 500 Arbeiter die Arbeit zu den von der Direktion verkündeten Bedingungen wieder aufnehmen, wurden aber von kaum 10 Mann daran verhindert.

Mittelrotha d. Lumbach. In der Morbanzlegenheit an dem Gutsbesitzer Heilmann ist mitzuteilen, daß der in Großröderswalde amtierende, juristisch im Chemnitz Untersuchungsgefängnis befindliche Lehrer Heilmann gestanden hat, seinen Bruder aus Dabstuck ermordet zu haben.

Runnisdorf d. Lössau. Vier Knaben auf einmal besetzten der Storch der Familie des Arbeiters Alwin Obermann hier. Mutter und Kinder befinden sich wohl.

Lössau. Während selbst in eingeweihten Kreisen bis jetzt immer angenommen wurde, die Kinderzahl in den Schulen ginge rapid zurück, ist hier ein bedeutendes Ansteigen der Zahl der Oftern 1921 aufzunehmenden Kinder in der Volksschule zu beobachten, die so stark ist, daß man mit einer Vermehrung der Klassen rechnet. Während dieses Jahr noch 240 Kinder angemeldet wurden, beträgt die Zahl nach dem Geburtsregister für die nächsten Jahre 233, 139, 93 und 113 Kinder. Diese Kurve bezeichnet deutlich die Einwirkung des Krieges und das langsame Wiederansteigen nach demselben. Im allgemeinen scheint die durch den Krieg verursachte Krise überwunden zu sein; Geshchließungen und Geburten steigen. Neuliche Produktionsfind in Bauhen gemacht worden, wo die Zahl der Oftern in die Schule tretenden Kinder ebenfalls sehr groß ist.

Zschowitz. Am Dienstag abend sind in die Wohnung des Gutsbesizers Bagehorn zwei maskierte Räuber vom Friedhof aus mit Leitern durch das Dachfenster gelangt. Unter dem Ruf „Wir sind Hölz“ sind sie auf den allein anwesenden Besitzer mit vorgehaltenen Revolvern eingedrungen und haben Geld verlangt. Bagehorn gab ihnen schließlich die in seiner Brieftasche befindlichen 90 M. Als sich die Räuber an seinem Schreibtisch zu schaffen machten, entfloh der Gutsbesitzer aus dem Gehöft und holte in dem gegenüberliegenden Hofhof, wo ein Fastnachtspergungeln stattfand, Hilfe, bei deren Eintreffen die Räuber aber bereits das Weite gesucht hatten.

3. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

Alle Sammler, hinter welchen kein Name steht, sind mit 300 Mark gegenwärtig. Ohne Gewähr der Richtigkeit. — Nachdruck verboten.

1. Ziehungstag vom 9. Februar 1921.

40 000 M. 51523 S. G. Reichel & Sohn, Dresden u. Sächs. Bggt. Dresden.
10 000 M. 20212 Hohmann Bräu, Chemnitz L. S.
5 000 M. 36877 Wag. Wagner, Leipzig und Wilhelm Reiter, Leipzig.

Table with lottery numbers and names. Columns include prize amounts (e.g., 10000, 5000) and names of winners or sponsors (e.g., Reichel & Sohn, Hohmann Bräu, Wag. Wagner).

